

SOLIDARITÄT POLITISCH NEU ERFINDEN

von Kurt Lange, ehemaliger Berliner ÖTV-Vorsitzender

I.

Schwarz-gelb regiert und im Koalitionsvertrag „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt“ sind die meisten Programmpunkte strittig. Diese Regierung bietet weder Aufbruch noch Enthusiasmus – das politische Geschäft läuft wie gehabt, nur mit mehr Haushaltstricks und Symbolpolitik und mehr Klientelpolitik für das besser gestellte Drittel unserer Gesellschaft. Unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung aber ist ein politischer Tsunami über die Parteien hinweggefegt.

Merkel und Westerwelle sind nur noch von einem Drittel der Wahlbevölkerung gewählt. Selbst die beiden größten Parteien repräsentieren nicht einmal mehr die einfache Mehrheit – ganz zu schweigen von der Opposition im Bundestag. Wählen ist für die Mehrheit der Bürger zu einer Pflichtübung geworden. Ja mehr noch – inzwischen glauben die Wähler so wenig an die politikgestaltende Kraft ihrer Stimme wie die Nichtwähler.

Und doch liegen zwischen Wählern und Nichtwählern Welten. Nichtwähler sind oft resigniert und hoffnungslos, haben häufig keine Zuversicht, die eigene soziale Lage aus eigener Kraft verbessern zu können und kein Vertrauen in Institutionen, Politik und Politiker. Sie verzichten auf ihre Staatsbürgerrechte und verabschieden sich zunehmend aus dem politischen System – und diese Gefühlslage hat jetzt auch viele Wähler erreicht.

II.

Diese Abkehr insbesondere der Wählern, die in unsicheren Verhältnissen leben müssen, ist auch das Ergebnis einer Politik, die seit einem Vierteljahrhundert versucht, die Wirtschaft von den durch sie verursachten Kosten des Sozialstaats zu entlasten. Und einer Politik, die das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch Sozialabbau und gesetzliche und steuerliche Förderung zu stärken versucht. Für viele Nichtwähler hat der Sozialstaat im wachsenden Maß seine Fähigkeit verloren, die Gesellschaft zusammen zuhalten.

Verantwortlich dafür, dass Menschen in unsicheren Verhältnissen leben zu müssen, ist eine veränderte Wirtschaftsweise in Produktion und Dienstleistung. Das Normalarbeitsverhältnis wurde zur Ausnahme. Die darauf beruhenden Finanzierungsmodelle der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung und deren soziale Leistungen gerieten in die Krise. Durch die Förderung befristeter Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Probe- und Praktikantenverträgen wuchsen die sozialen Probleme und stiegen die Kosten.

Und die veränderte Wirtschaftsweise wurde durch steigende Ansprüche der internationalen Finanzmärkte vorangetrieben. Ihr Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen stieg seit der Öffnung der Finanzmärkte 2001 ständig an. Damit veränderten sich die Verteilungsverhältnisse zugunsten des oberen Drittels der Gesellschaft. Sie münden heute in einer gigantischen Fehlverteilung zwischen Arm und Reich. Gleichzeitig vertiefte sich die Spaltung zwischen der immer größer werdenden Gruppe der Arbeitnehmer, die ohne Arbeit ist und der, die immer mehr arbeiten müssen.

III.

Die Vorstellung von einer Rückkehr zu den untergegangenen Formen sozialer Sicherheit ist so wenig realistisch, wie der Glaube an die Wiederkehr einer Wirtschaftsweise mit Vollbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnissen. Die Politik der Koalition der Konservativen wird weiter auf den alten ausgetretenen Pfaden von Förderung für die Wirtschaft und von Sozialabbau für die Bürger wandeln. Sie wird die Fehlverteilung des gesellschaftlichen Reichtums weiter verschärfen und die Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen und dabei das Gegenteil von Zusammenhalt bewirken.

Mit der Beschleunigung der allgemeinen sozialen Unsicherheit wird ein ganzes Bündel von Emotionen entfaltet, dass bei zu vielen Menschen die Überzeugung aufkommen lässt, sie seien sozial, kulturell und politisch abgeschrieben. Das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, verlangt nach Sündenböcken. Davon sind schon heute gesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften, die politischen Parteien und die Demokratie betroffen. Es geht längst nicht mehr nur um die richtigen Inhalte der Politik, es geht auch um die Zukunft von Mitbestimmung, Demokratie und Parlamentarismus.

IV.

Die SPD in der Opposition hat jetzt Optionen:

- Erstens, sie wird zum Kritiker am politischen Regierungsgeschäft von CDU/CSU und FDP und betont, auf den gewohnten Pfaden schneller und weniger unsozial voranzukommen. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass die Erschütterungen in der Wahlbeteiligung und im Wahlergebnis kein Anlass sind, die Grundlinie der Politik der Vergangenheit zu verändern.
- Zweitens, sie sucht neue Wege zu einer solidarischen Gesellschaft. Dazu muss sie Abstand nehmen, von der Illusion, durch Einschränkungen der Kosten und Leistungen des Sozialstaats sei die Wiedergewinnung einer Wirtschaftsweise möglich, mit deren Hilfe die Spaltung der Gesellschaft

überwunden werden könnte und statt dessen Bündnisse, für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durchsetzen.

- Drittens, neue Wege zu einer solidarischen Gesellschaft brauchen neue demokratische Beteiligungsrechte der Bürger in Wirtschaft und Gesellschaft. Mit mehr Demokratie als der pure Parlamentarismus zu bieten hat, lässt sich die wachsende Verabschiedung der Bürger aus dem demokratischen System aufhalten.

Nur wer das Unbehagen an der parlamentarischen Demokratie ernst nimmt, überzeugend auf die sich zuspitzende politische Passivität und Ablehnung reagiert und die enormen Legitimationsdefizite der politischen und staatlichen Institutionen abzubauen bereit ist, wird die wachsenden Herausforderungen bewältigen können. Dabei muss sich nicht nur die SPD, sondern die soziale Linke insgesamt neu erfinden.

V.

Die neuen Herausforderungen erfordern eine neue Methodik der politischen Arbeit, eine Aktivierung der Parteiarbeit vor Ort und in den gesellschaftlichen Organisationen, das Erkennen des Protestpotentials und seine Bündelung und Zuspitzung.

Hans-Jürgen Urban vom Vorstand der IG Metall spricht von der Notwendigkeit einer „Mosaik-Linken“, ein linkes Projekt mit einer großen Vielfalt von Akteuren und Bündnissen, die auf gleicher Augenhöhe einander verwandte Ziele vertreten. Wer diese Opposition anführen will, muss die sozialen Inhalte in allen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Organisationen erkennen, aufgreifen und bündeln können. Damit muss jetzt begonnen werden, um jene Menschen zurück zu gewinnen, die begonnen haben den demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten den Rücken zuzukehren.